

Der Staat als Motor einer neuen Drogenpolitik?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Staat als Motor einer neuen Drogenpolitik?

Das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) legte am 25.4.94 dem Bundesrat einen «Bericht betreffend Umsetzung des Massnahmenpakets zur Verminderung der Drogenprobleme» vor. Mit «Massnahmenpaket» sind die vom Bundesrat 1991 beschlossenen verstärkten Anstrengungen des Bundes in den Bereichen Prävention, Betreuung und wissenschaftliche Forschung gemeint.

Massnahmenpaket des Bundesamtes für Gesundheitswesen: Konzepte, Strategien, Kriterien, Mittel.

Das Massnahmenpaket des Bundesamtes für Gesundheitswesen ist ein sehr diversifiziertes Programm, das mehrere Bereiche umfasst; es sieht unter anderem die Unterstützung der von Kantonen, Gemeinden und privaten Organisationen unternommenen Anstrengungen vor (gemäss Artikel 15a und 15c des Betätigungsmittelgesetzes).

Die Tätigkeitsbereiche umfassen:

- primäre und sekundäre Prävention
- Risikoverminderung, Betreuung und Behandlung
- Aus- und Weiterbildung von Berufskräften
- Sensibilisierungskampagne.

Dazu Bereiche der logistischen Unterstützung:

- Epidemiologie
- wissenschaftliche Forschung
- Evaluation
- Information, Dokumentation, Koordination.

Das BAG hat in jedem Bereich Konzepte und Strategien bestimmt, eine interne Kohärenz erarbeitet und eine möglichst ausgedehnte Zusammenarbeit mit externen Stellen gesucht. Ein Strategiepapier fasst diese Optionen zusammen, ergänzt durch ein Kriterienraster für die Unterstützung der Projekte.

Das BAG betrachtet seine Tätigkeit als eine umfassende Intervention, die folgende Aspekte umfasst: Koordination, Planungshilfe, Entwicklung und Initiierung von eigenen Projekten, Finanzierung von externen Projekten, Auswertung von Strategien und Modellen, Forschung, Dokumentation und Information.

Folgende Mittel stehen zur Verfügung:

Budget	1991	1992	1993	1994
Kredit 3180.015.340 (Massnahmen)	5'0 Mio	9'6 Mio	11'9 Mio	10'3 Mio
Kredit 3180.002.2 (Forschung)	1'0 Mio	2'0 Mio	2'7 Mio	1'9 Mio
Ausgaben				
Kredit 3180.015.340	3'7 Mio	7'2 Mio	11'9 Mio	
Kredit 3180.002.2	0'1 Mio	1'2 Mio	2'7 Mio	
Anzahl der finanzierten Projekte im Jahr	36	76	153	

Stellen: Die 1991 beschlossenen 3 Etat- und die 7 Hilfskräftestellen wurden auf 12 Personen aufgeteilt; hinzu kommen 7 Personen (450%), welche ebenfalls im Drogenbereich arbeiten. Insgesamt sind also 19 Personen (ca. 1'450%) auf diesem Gebiet tätig.

Primäre und sekundäre Prävention

Ziel der primären Prävention ist die Verminderung der Gefahr, in die Dro-

gensucht einzusteigen. Dies spielt sich auf drei Ebenen ab: Bevölkerung, Zielgruppen, Gruppen mit erhöhtem Risiko. Die sekundäre Prävention richtet sich an besonders gefährdete Personen, vor allem an Drogeneinsteiger. Sie zielt darauf hin, die Verstärkung der Probleme zu vermeiden.

Bei der primären Prävention sind die Grenzen zwischen illegalen und legalen Drogen besonders verwischt. Darum sind die Verhaltensweisen und die Situationen von grösserer Bedeutung als die Substanzen selbst.

Die prioritären Aktionsbereiche sind:

- Schule
- Familie
- Freizeit und Sport
- Heimerziehung
- Gemeinschaften ausländische Bevölkerung.

Für den Bereich Schule hat das BAG anlässlich der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren das Programm «Gesundheitserziehung in der Schule/SANTE JEUNESSE» geschaffen, welches seit Ende 1992 für 3 Jahre am Institut romand de recherche et de documentation pédagogique (IRDP) in Neuchâtel durchgeführt wird. Dieses Programm befasst sich mit der Förderung der Gesundheitserziehung an Schulen durch Erfahrungsaustausch, Entwicklung oder Evaluation von Modellen, dem Aufbau eines europäischen Netzes von gesundheitsfördernden Schulen, von Weiterbildungsprogrammen für Lehrkräfte, usw. Nach einem Jahr zeigte sich die Schwierigkeit, auf nationaler Ebene im Schulbereich wirksam zu werden, vor allem im Bereich Gesundheit, der nicht zum obligatorischen Schulprogramm gehört. Die bereits bestehenden Netzwerke sind jedoch vielversprechend.

Das BAG hat weiter drei Modelle für das Eingreifen im Schulbereich ausge-



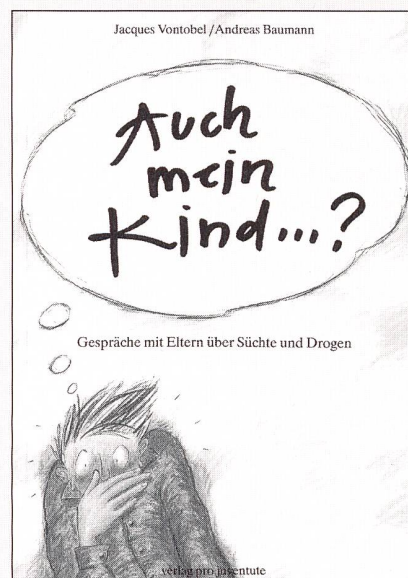
arbeitet, die in einigen Kantonen seit mehreren Jahren als durchführbar und zweckmässig gelten:

- Mediatoren in den Schulen (ausgebildete Lehrer für individuelle Hilfe) in den Kantonen der Westschweiz (ausser Genf) und im Tessin
- Schülermultiplikatoren (Modell «SMAT Alkohol/Tabak»), in mehr als zehn Kantonen in der Deutschschweiz und im Wallis («inforjeunes»)
- Programm «Du seisch wo düre» (Stadt Bern und sechs weitere Gemeinden).

Es hat auch die Zirkulation von Wanderausstellungen und Theatervorstellungen unterstützt, für thematische Veranstaltungen mit Schulen, Eltern und Gemeinden. Die Westschweizer «GREAT» (Groupement romand d'études sur l'alcoolisme et la toxicomanie) hat das Computerspiel «Café Saigon» entwickelt, welches ab 23. März dieses Jahres erhältlich ist.

Für die Familien haben das BAG und die Stiftung Pro Juventute die Broschüre «Auch mein Kind ...» neu veröffentlicht. Es wurden bisher schon 100'000 Exemplare verteilt. Ein Pilotprojekt in der Stadt Bern erforscht die ambulante Betreuung von Familien in schwierigen Situationen. Das «Apfelspiel», das von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) entwickelt worden ist, wird im März 1994 in den Verkauf kommen. Dieses Spiel wird an Spielzentren, Freizeitzentren, Schulen usw. abgegeben. Die Aktion «Zirkus» folgt der Tournee des Zirkus Knie seit August 1993. An 60 Orten wird daran erinnert, dass Lebensfreude präventiv wirkt und dass echte Prävention ein Teil des täglichen Lebens ist. Bis Juni 1994 werden 2000 Familien Plätze für das Zirkusprogramm erhalten haben. Ein Symposium der Schweizerischen Kommission für

die UNESCO zu «Familie und Suchtprobleme» wird für 1994 vorbereitet. Die Suchtprävention im Ferienlager und in anderen Aktivitäten der Jugend-



organisationen wird seit 1989 mit der Unterstützung des Bundesamtes für Gesundheitswesen weiterentwickelt; die Koordination der Aktivitäten in neun Kantonen der Deutschschweiz und die Weiterführung des Modells in den Westschweizer Kantonen ist 1993 von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) wieder aufgenommen worden. Die Kooperation zwischen der Jugendkommission und dem Bundesamt für Kultur ist in die Wege geleitet worden (Projekte von Jugendlichen für Jugendliche).

Das Hauptprojekt des Bundesamtes für Gesundheitswesen im Bereich Freizeit, «Ohne Drogen mit Sport!», ist in Zusammenarbeit mit der Eidg. Sportschule in Magglingen und mit anderen Sportgesellschaften ausgearbeitet worden. «MACH MIT» im Rahmen dieses Projektes ist folgenden Themen gewidmet: Ausbildung von Trainern der Sportver-

eine und Betreuung von Jugendlichen in schwierigen Situationen. Nach einer Probephase in Bern, Biel und Thun ist nun eine Erweiterung auf zehn Städte in allen drei Sprachregionen vorgesehen. «MOVE» fordert zur Eingliederung von gefährdeten Jugendlichen in Sportvereine durch die Sozialdienste auf. Bei «START» handelt es sich um Sportangebote im Rahmen der Therapie von Suchtkranken.

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche (SVE) ist ein besonders wichtiges Projekt für die sekundäre Prävention in Erziehungsheimen für vier Jahre lanciert worden. Ein weiteres Projekt in Zusammenarbeit mit Jugendgerichten ist in Bearbeitung.

Gemeinschaften: Das BAG unterstützt globale Präventionsprojekte in den Kantonen Basellandschaft und Tessin sowie in Martigny. Es hat auch die Kampagne «Zur Sache Sucht» des Kantons Basel-Stadt mitfinanziert. Zur Zeit hilft es im Kanton Genf und in der Agglomeration Lausanne beim Aufbau von Unterstützungsprogrammen für Gemeinschaften (Gemeinde, quartiere, Freizeitzentren, Schulen, Elterngruppen, Einkaufszentren, Cafés usw.), die mit Drogenproblemen konfrontiert werden. Die Förderung von Projekten auf lokaler Ebene wurde 1992 der Stiftung RADIX übergeben, welche in der





Plakataktion als Teil der Basler Kampagne «Zur Sache Sucht»

Beratung von kleinen Gemeinden tätig ist. Dieser Dienst beinhaltet: Förderung von Aktionsmodellen, Hilfe bei der Realisierung, finanzielle Unterstützung und Erfahrungsaustausch,

Das erste Projekt, das sich an in der Schweiz lebende Ausländer richtet, ist vom Centro Scuola e Famiglia delle Colonie Libere Italiana de Zurigo entwickelt worden (Hilfe und Beratung von Eltern und Lehrern, therapeutisches Vorgehen für eingewanderte Familien oder Kinder verschiedener Herkunft, nicht nur für Italiener). Dieses Modell müsste später auch in anderen Regionen übernommen werden. Weitere Projekte für Immigranten werden ab 1994 im Rahmen des Programms «Gesundheit der Ausländer» des Bundesamtes für Gesundheitswesen initiiert (Ausbildung von Fachkräften und von Mediatoren bei ethnischen Gemeinschaften).

Die Sensibilisierungskampagne trägt zu einer differenzierten Wahrnehmung der Suchtprobleme bei und versucht,

das Engagement der Prävention im Alltag jedes einzelnen zu verstärken: «Jeder kann jeden Tag etwas zur Verminderung der Drogenprobleme beitragen.» «Wer gelernt hat, im Leben nein zu sagen, sagt es auch leichter zu Drogen».

Bilanz

Die erwarteten Resultate der rund 30 vom BAG initiierten oder unterstützten Präventionsprogramme sind noch nicht erreicht worden. Mehrere dieser Projekte dauern gemäss Planung drei oder vier Jahre. Es ist jedoch eine zunehmende Initiierung von zahlreichen koordinierten Aktionen festzustellen. Das Echo ist bis jetzt im allgemeinen sehr erfreulich und zeugt von der positiven Auswirkung der Aktionen des Bundesamtes für Gesundheitswesen. Vor allem werden die Anstrengungen, Aktionsnetze in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachleuten aufzubauen, sehr geschätzt. Eine gewisse Zurückhaltung ist manchmal auf das Ein-

greifen des Bundesamtes für Gesundheitswesen und die Schwierigkeiten, die Kommunikation mit genügender Antizipation zu planen, zurückzuführen. Diese Schwierigkeiten können aber mit der Zeit gelöst werden.

Die Ausarbeitung

von grossen Projekten in Zusammenarbeit mit kantonalen und nationalen Institutionen (Gesundheitsförderung in der Schule, Schulmediatoren, «Ohne Drogen mit Sport!», Erziehungsheime, usw.) stellt sich als die wirksamste Aktionsart heraus. Es sind wichtige Bemühungen im Gange, diese Projekte in allen drei Landessprachen zugänglich zu machen.

Die Hauptschwierigkeiten stellen sich heute in den folgenden Bereichen:

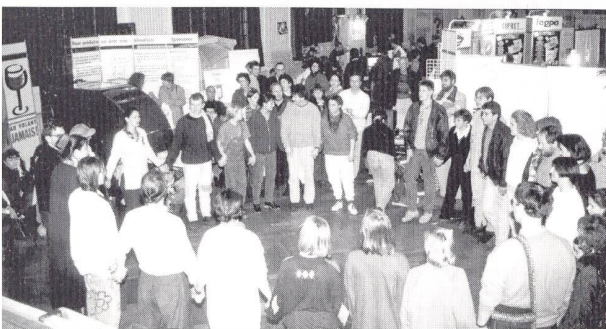
- Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer
- genügend frühe Information der Projektpartner
- unsichere langfristige Finanzierung der Projekte.

Risikoverminderung, Betreuung und Behandlung

Die Massnahmen betreffend Risikoverminderung und Betreuung/Behandlung müssen den Bedürfnissen der Drogenkonsumenten entsprechen. Es werden drei Suchtphasen unterschieden (verschiedene Zielgruppen und entsprechende Interventionen):

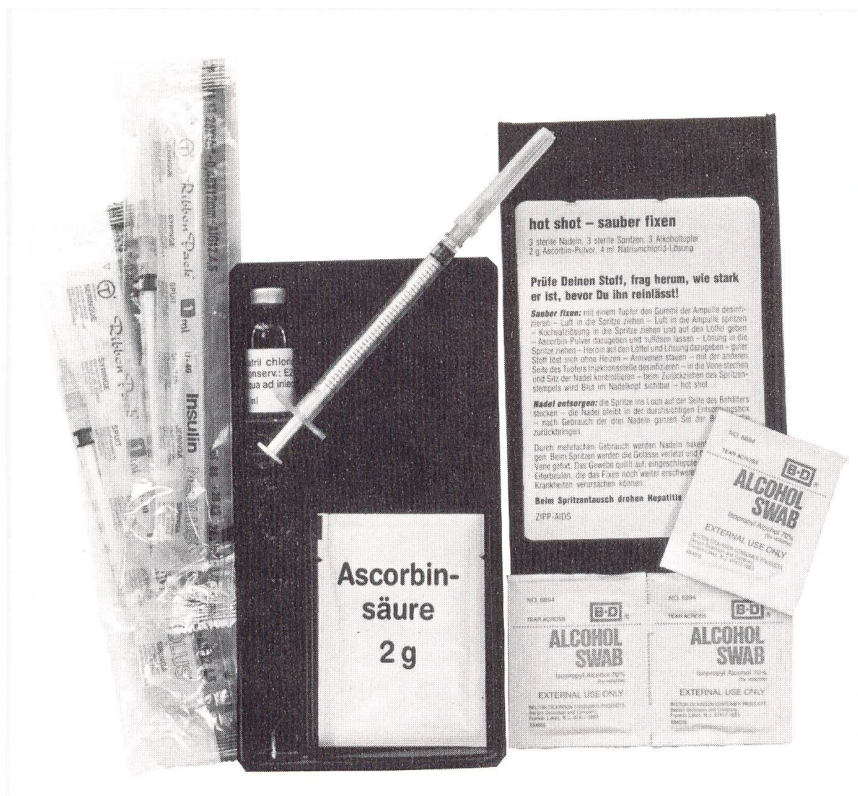
- Einstiegsphase in den Konsum und in die Abhängigkeit
- Phase des gelegentlichen oder regelmässigen Konsums
- Ausstiegswege aus der Drogenabhängigkeit.

Das Ziel ist, die Risiken und Schäden durch Drogenmissbrauch zu reduzie-



Fachmesse für Suchtprävention

Bild: RADIX



Hot-Shot: Spritzenabgabe im Rahmen von ZIPP AIDS.

ren. Auf diese Art können bessere Bedingungen geschaffen werden, um aus der Drogenabhängigkeit herauszufinden.

Die Aktionen zur Reduzierung des Einstiegs in die Drogensucht sind im Kapitel «sekundäre Prävention» behandelt. In der Phase des Konsums müssen die Gesundheit und die Lebensbedingungen verbessert werden. Darum werden Programme zur Errichtung von Kontakt- und Anlaufstellen und für die Injektionshygiene unterstützt (Abgabe von Nadeln und Spritzen, Gassenzimmer). Sie müssen den Drogenkonsumenten auch Nothilfe bieten. Dazu ist eine gute Erreichbarkeit der Drogenkonsumenten Voraussetzung.

Von dieser Warte aus gesehen wird die Betreuung und die nötige Hilfe zur Erhaltung der Gesundheit von Drogenabhängigen, deren Lebensbedingungen als dramatisch zu bezeichnen sind, durch die Schliessung der offenen Szenen (Bern, Zürich, Basel, St. Gallen, Luzern), die Zunahme der Repression und die Heimtschaffung der Drogensüchtigen in ihre Wohngemeinden sehr stark erschwert.

Das BAG hat zum Aufbau des ZIPP-AIDS-Programms am Zürcher Platzspitz von 1989 bis 1992 wesentlich mitgeholfen. Dank dieses Programms

wurden in Zürich täglich bis zu 14'000 Spritzen abgegeben. Dieses Projekt erleichterte auch die Spritzenabgabe in anderen Regionen. Als die Stadt Zürich dieses Programm 1993 übernahm, war die Spritzenabgabe weiterhin erlaubt, doch wurde die soziale und medizinische Hilfe stark eingeschränkt.

In Basel, Biel und Genf wird die Spritzenabgabe ebenfalls vom BAG unterstützt. Das «Flash-Box»-Programm der Schweizer Aids-Hilfe trägt zur besseren Verteilung von Spritzen in anderen Regionen bei, vor allem durch die Spritzenabgabe in Apotheken. In der Schweiz werden durchschnittlich pro Tag zwischen 16'000 und 20'000 Spritzen verteilt, was jedoch noch immer ungenügend ist. Ein Versuchsprogramm zur Verteilung von Spritzen im Gefängnis von Hindelbank steht kurz vor dem Start.

Zur Förderung der sozialen Integration von Drogensüchtigen hat das BAG 1991 bis 1993 zahlreiche weitere Programme unterstützt:

- 8 Wohn- und Tagesaufenthaltsprogramme
- 6 Arbeitsprogramme.

Eine Unterlage zur Planung von neuen Unterkunfts- und Arbeitsstellen ist beinahe fertig.

Die durch die Kürzung des Budgets und die Wirtschaftskrise entstandenen neuen Schwierigkeiten tragen jedoch dazu bei, die Eingliederung der Drogensüchtigen in das aktive Leben und die Verminderung der Risiken zu erschweren; zum Beispiel werden Projekte für Unterkünfte häufig wegen der Einsprache der Nachbarschaft in Frage gestellt.

Der Versuch, ungenützte Grundstücke und Liegenschaften der Eidgenossenschaft für Drogenhilfsprojekte zur Verfügung zu stellen, blieb nahezu ohne Erfolg; nur ein Grundstück der SBB wurde an die Stadt Olten zur Unterbringung der offenen Drogenszene vermittelt. Der Misserfolg dieses Programms ist dadurch zu erklären, dass kaum geeignete Grundstücke oder Liegenschaften bei den verschiedenen Liegenschaftsverwaltungen der Eidgenossenschaft vorhanden sind, obschon letztere zu einer Zusammenarbeit durchaus bereit waren.

Bezüglich der Phase des Ausstiegs aus der Drogenabhängigkeit unterstützt das BAG den Start oder den Ausbau von acht Institutionen:

- Entzugsstationen
- Übergangsstationen
- zwei Therapiestellen für Frauen
- weitere Therapiestellen gemäss neuem Konzept.

Auch der Sport in der stationären oder ambulanten Therapie wird im Rahmen des Programms «START» von «Ohne Drogen mit Sport?» befürwortet. Dieses Programm stützt sich auf die Erfahrungen der Sportschule Magglingen (Ausbildung und Austausch von Fachkräften).

Um die dringendsten Aktionen für die Zukunft bestimmen zu können, wurde eine Analyse des Angebotes und der Lücken im Bereich der stationären Behandlung durchgeführt: Die Ergebnisse werden gegenwärtig von administrativen sowie professionellen Stellen un-

tersucht. Daraus geht hervor, dass 48 Institutionen 250 Entzugsplätze für kurze Behandlungen (spezialisiert oder nicht, mit oder ohne Unterstützung von Medikamenten) und 83 Institutionen 1300 Behandlungsplätze mit längeren Entwöhnungs- und Rehabilitationszeiten bieten.

Im Bereich der stationären Drogenarbeit können folgende Lücken beschrieben werden:

Fehlende Angebote für nachstehende Gruppen von Klienten und Klientinnen:

- spezialisierte Entzugsstationen in der Westschweiz, der Zentralschweiz und im Tessin
- geeignete und spezialisierte Therapieangebote für Jugendliche
- frauenspezifische Einrichtungen
- Angebote für Personen mit einer Doppeldiagnose: psychiatrische Diagnose und Abhängigkeit
- Angebote für Personen mit einer langjährigen Drogenkarriere

Bei den Behandlungsansätzen muss gefördert werden:

- Übergangsangebote zwischen Entzug und Eintritt in die Therapie
- Nachbetreuung
- Schaffung von vermehrt flexiblen, individuell gestaltbaren Therapieaufenthalten
- kurzfristige Behandlungen, die nicht unbedingt abstinenzorientiert sind
- Professionalisierung (therapeutisches Konzept, spezialisierte Ausbildungen, Supervision) in den Institutionen
- Koordination des Angebotes und der Qualitätskriterien

und bezogen auf die Finanzierungsmöglichkeiten:

- Erarbeiten eines Finanzierungskonzeptes auf nationaler Ebene
- Übernahme der spitalexternen Entzugskosten durch die Krankenkassen

- Übernahme der Taggelder für die Therapie durch die Fürsorge
- Finanzielle Unterschiede bei der Belastung von kantonalen und ausserkantonalen Klienten entschärfen
- Übernahme der Betriebskosten durch die Invalidenversicherung
- Bevorzugung von Personen mit einer strafrechtlichen Massnahme gegenüber Freiwilligen korrigieren.

Diskussionen zu diesem Problemkreis sind bereits im Gange mit dem BSV, mit der Fürsorgedirektorenkonferenz (FDK) und der Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK), mit dem Städteverband und mit den schweizerischen Fachverbänden. Ziel ist es, gemeinsam Vorgehensweisen, Qualitätssicherung und Koordination zu besprechen. Ein Betrag von Fr. 500'000.– aus dem Budget «Drogenmassnahmen» des BAG wurde reserviert, um bereits im Jahre 1994 Projekte, die den prioritären Lücken entsprechen, in einer Startphase unterstützen zu können.

Die Entwicklung der Methadonprogramme (in der Schweiz sind zur Zeit mehr als 10'000 Personen in Behandlung) zeigt die Notwendigkeit einer Differenzierung betreffend der Ziele und der Voraussetzungen der Programme:

- niederschwellige Behandlungen für die Risikoverminderung im Zusammenhang mit der Szene und dem illegalen Konsum
- Behandlungen, die höhere Voraussetzungen verlangen und eine besser strukturierte therapeutische Betreuung ermöglichen.

Diese wichtigen Entwicklungen (vor allem in Zürich, Basel, Biel und Genf) sind ohne Mitwirken des Bundesamtes für Gesundheitswesen entstanden, welches hier nur bei der Evaluation mitgewirkt hat.

Ein «dritter Methadonbericht», der ins-

besondere auf diese neuen Aspekte eingehen soll, wird von einer Experten-Gruppe im Jahr 1994 erarbeitet.

Weitere Planungsinstrumente sind in Entwicklung, namentlich ein Informationssystem über freie Entzugs- und Therapieplätze sowie eine Dokumentation über die Realisierungsprobleme von frauenspezifischen Angeboten in der Therapie, der Überlebenshilfe und der Prävention.

Die Pilotversuche mit kontrollierter Abgabe von Betäubungsmitteln betreffen ebenfalls die Betreuung und die Therapie, doch werden sie aufgrund des experimentellen Charakters im Kapitel Forschung (3.7) behandelt.

Bilanz

Dieser Bereich wird von den Kürzungen der öffentlichen Budgets der Kantone und Gemeinden sowie der Wirtschaftskrise stark betroffen. Ausserdem wird wegen der grossen Anzahl von Projekten und Institutionen die Koordination des Angebotes erschwert.

Die unterschiedlichen öffentlichen und privaten Finanzierungsmodelle in diesem Bereich (Krankenkassen, individuelle und kollektive Leistungen der Invalidenversicherung, Fürsorgeleistungen, Justizmassnahmen, Beiträge der Patienten und deren Familien) sind nicht an klare Qualitätskriterien und Bedürfnisnachweise gebunden. Die heutige Praxis führt zu Unterschieden und sogar zu grossen Ungleichheiten; so werden zum Beispiel Kantonale und Ausserkantonale unterschiedlich hoch finanziell belastet oder die Personen mit einer strafrechtlichen Massnahme werden gegenüber Freiwilligen bevorzugt.

Die unsichere Lage in der Drogenszene – Repressionspolitik in den meisten offenen Drogenszenen, Rückschaffung der Drogenabhängigen in ihre Gemeinden – erschwert die Lebenssituation und den Zugang zu den Betreuungsangeboten.

Verglichen mit der Gesamtheit aller Projekte, die schon unter Aufsicht der Kantone, Gemeinden und privaten Organisationen durchgeführt werden, und auch verglichen mit den langfristigen Beiträgen der IV, sind die punktuellen Beiträge des Bundesamts für Gesundheitswesen zur Initiierung oder Unterstützung von Projekten minim. Um die Wirkungen all dieser Massnahmen zu steigern, ist die Koordination des Behandlungsangebots (BAG, BSV, FDK, SDK, Städteverband, SKöF) eine Notwendigkeit.

Fort- und Weiterbildung von Fachleute

Die Ausbildung von Fachleuten für die Betreuung von Drogensüchtigen ist Aufgabe des Bundes gemäss Art. 15c des Betäubungsmittelgesetzes. Bis 1991 gab es jedoch keine spezifische Ausbildung in diesem Bereich.

Mit dem Ziel, die Anzahl und die Kompetenz von Drogenspezialisten zu erhöhen (Prävention, Betreuung, Therapie), hat das BAG (im Sinne eines Pilotversuchs) die zwei professionellen Organisationen «Groupement romand d'études sur l'alcoolisme et la toxicomanie» (GREAT) und «Verein Schweizerischer Drogenfachleute» (VSD) beauftragt, Weiterbildungsprogramme in der Deutschschweiz («convers») und in der Westschweiz (A.R.I.A.) auszuarbeiten. Diese beiden Institutionen bieten zudem auch Weiterbildungsmöglichkeiten an für Personen aus anderen Berufsbereichen, die punktuell im Drogenbereich tätig sind.

Zur Ausführung von spezifischen Aufgaben oder Tätigkeiten im Rahmen der Präventionsprojekte sind Zusatzausbildungen geplant: Ärzte, Lehrer, Sporttrainer, Schulmediatoren, telefonische Hilfe, Heimerzieher, medizinisches Personal für Pilotversuche etc.

Spezielle Angebote für Polizei, Gericht und Haftanstalten sind in Ausarbeitung (Sensibilisierung zur Kommunikation mit den sozialen und medizinischen Sektoren).

Eine Evaluation der Programme A.R.I.A. und convers, durchgeführt durch die Koordinationsstelle für Weiterbildung der Universität Bern, wird im Frühling 1994 fertiggestellt sein. Diese wird es ermöglichen, den Bereich Weiterbildung längerfristig zu planen. Bis heute ist noch kein Schritt unternommen worden, um spezielle Programme in die Grundausbildung der betroffenen Berufsgruppen einzugliedern (medizinische Fakultät, Schulen für Sozialarbeit, Krankenschwesternschulen, usw.). Die meisten der im Bereich der Drogensucht tätigen Personen haben mehrjährige Erfahrung in anderen Bereichen. Es scheint klar, dass das Arbeiten mit Drogensüchtigen keine spezifische Berufsgattung ist. Doch es ist von grossem Vorteil, Fachkräfte aus verschiedenen Sektoren weiterzubilden.

Sensibilisierungskampagne

Die im Oktober 1991 begonnene Sensibilisierungskampagne hat zum Ziel, eine differenzierte und objektive Wahrnehmung der Drogenprobleme und eine positive Haltung der Bevölkerung zu fördern. Sie lädt dazu ein, aktiv an der Prävention teilzunehmen.

Am Anfang konzentrierte sich die Kampagne auf illegale Drogen, heute umfasst sie einer breiteren Suchtbereich.

Vier Werbekampagnen (Plakate, Insearate, TV-Spots) und die Begleitung der Tournee des Zirkus Knie sind die bereits durchgeführten Hauptaktionen. Nächstens erscheinen neue Aktionen in Zusammenarbeit mit dem Zirkus Knie. Die Evaluation der Sichtbarkeit und der Akzeptanz der Phasen 1 und 3 hat ge-

zeigt, dass die Bevölkerung die Kampagne relativ gut wahrgenommen hat und die vermittelten Botschaften unterstützt. Im Dezember 1992 wurde einer der TV-Spots der Kampagne von der AG für Werbefernsehen mit dem monatlichen Aurora-Preis ausgezeichnet. Das Kreativteam der Kampagne stützt sich auf die Zusammenarbeit mit den Fachleuten aus der Prävention, der Polizei und aus dem Bereich Kommunikation aus allen drei Sprachregionen. Über 100 spezialisierte regionale Institutionen aus der Prävention werden regelmässig informiert über die einzelnen Elemente der Kampagne. Der Bezug mit der Praxis muss noch vertieft werden, um eine verbesserte Planung der Benützung der einzelnen Kampagnenelemente zu ermöglichen.

Epidemiologie, Monitoring

Die quantitativen Ziele des Massnahmenpaketes (Stabilisierung, Reduktion um 20%) wurden 1990 festgelegt, ohne dass man über verlässliche Indikatoren über die Populationsgrösse der Drogenabhängigen und die Häufigkeit der damit verbundenen Probleme verfügt hätte. Diese Ziele müssen deshalb vorsichtig als ideale Richtgrössen einer Tendenzwende betrachtet werden.

Seit 1990 wurden mehrere Elemente eines epidemiologischen Monitoringsystems eingeführt:

Statistiken über das Verhalten:

- Schweizerische Gesundheitsbefragung 1992–93 (Bundesamt für Statistik)
- Schülerbefragungen WHO-SFA (11-15jährige) 1986-1990-1994
- Befragung über die Gesundheit von Jugendlichen (15-20jährigen) Uni Lausanne 1992-93
- verschiedene regionale Untersuchungen über die Drogenszenen

Wer soll sich testen lassen?

Behandlungsstatistiken:

- neue Statistik der ambulanten Behandlung Alkohol/Drogen seit 1994 (BFS/BAG/SFA)
- Vereinheitlichung der Statistiken der Methadonbehandlungen seit 1994 (Kantonsärzte – BAG)
- Machbarkeitsstudie einer nationalen Statistik der stationären Behandlung, welche ab 1995 einzurichten ist (Uni Zürich)
- Meldesystem «Sentinella» bei einer Stichprobe praktizierender Ärzte 1992-93 (BAG)
- regionale Untersuchungen: Städtestudien des Europarates in Genf und Zürich, Projekt TOXTI im Tessin

Todesfallstatistiken:

- Analyse der Drogentodesfälle (Meldungen der kantonalen Polizei) von 1987-93 (BAP/BAG/Uni Bern)

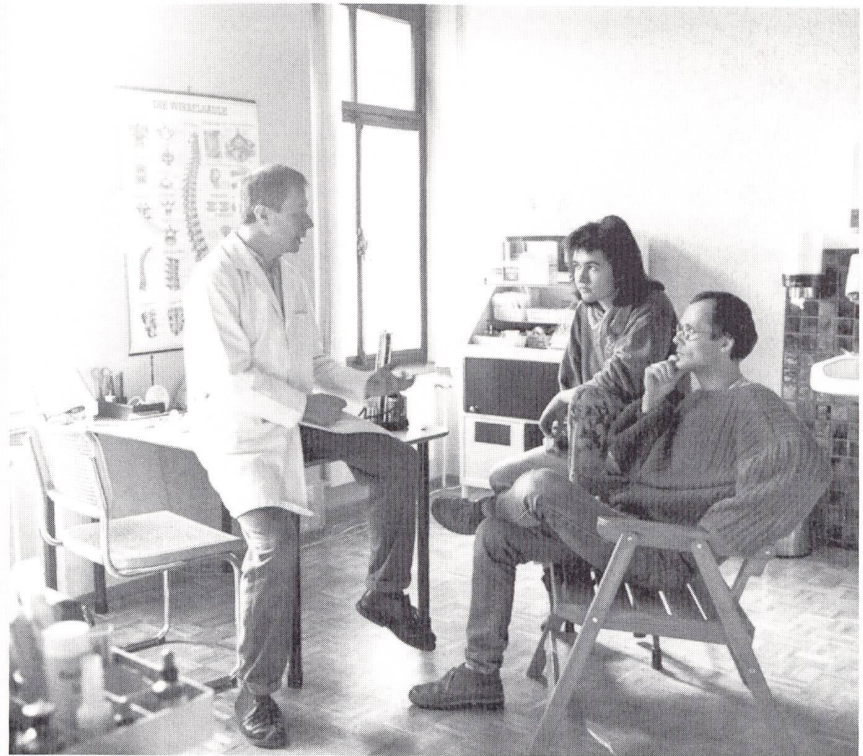
Statistiken von Justiz und Polizei:

- Betäubungsmittelstatistik (Anzeigen) (BAP/BFS)
- Statistik der Betäubungsmittelurteile, welche im Zentralstrafregister eingetragen sind
- Analyse der Justizentscheide, welche nicht im Zentralstrafregister eingetragen sind (BFS – BAG).

Ein Informationssystem, welches schnell Auskunft gibt über die Entwicklung der lokalen Drogenproblematik, wurde im Herbst 1993 in Zusammenarbeit mit den Drogendelegierten von 10 Kantonen eingerichtet.

Eine periodisch erfolgende Synthese der Gesamtheit dieser Daten – basierend auf der Zusammenarbeit dreier Bundesämter und der Universitätsinstitute – erlaubt eine genauere Bestimmung der quantitativen Entwicklung des Ausmasses der Drogenproblematik.

Ein Bericht zur Situation, zu den Strategien und den Aktionsprogrammen in den Kantonen ist in redaktioneller Bear-



Bildseite aus der Aids-Info Broschüre des BAG.

beitung. Die Publikation ist auf Sommer 1994 vorgesehen.

Wissenschaftliche Forschung und Evaluation

Mehr als 20 wissenschaftliche Forschungsprojekte sind vom BAG seit 1991 initiiert worden:

- Analyse der Lebensläufe der Drogensüchtigen, verschlechternde oder schützende Faktoren, Einstieg in die Drogensucht und Ausstieg
- Methoden zur Schätzung der Anzahl Drogensüchtiger
- Probleme der gleichzeitigen Einnahme von Drogen und Medikamenten
- Analyse der Wirksamkeit von verschiedenen Behandlungsformen, Therapiestellen, Methadonprogrammen, Familienplatzierung
- soziale Auswirkungen der Drogensucht, wirtschaftliche, rechtliche und politische Faktoren.

Die therapeutischen Versuche der Behandlung von Drogensüchtigen mit der kontrollierten Abgabe von Betäubungsmitteln, mit dem Ziel der Verbesserung ihres Gesundheitszustandes und ihrer Lebensbedingungen, sind z.Z. das wichtigste Forschungsprojekt. Am 21. Oktober 1992 wurde die Verordnung des Bundesrates über die wissenschaftliche Forschung und vor allem über diese Versuche erlassen. Der wissenschaftliche Durchführungsplan dieser Versuche wurde vom BAG in Zusammenarbeit mit den Experten, Prof. A. Uchtenhagen und Prof. F. Gutzwiller, Zürich, ausgearbeitet. Die Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften hat die Versuche am 24. Mai 1993 gutgeheissen.

Für die Versuche wurde am 24. Juni 1993 den interessierten Kantonen, Gemeinden und Organisationen (BE, BS, FR, SH, SO, ZG und ZH) die Bewilligung erteilt. Die Planung dieser Programme ist bald abgeschlossen; die er-

sten Versuche sind im Januar 1994 aufgenommen worden.

Eine Vergleichsgruppe mit Süchtigen in Methadonprogrammen (orale Einnahme des Methadons) aus verschiedenen Kantonen wurde gebildet.

Ein nationales Forschungsprogramm zur Suchthematik wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen Experten

entwickelt und mit den wissenschaftlichen Instanzen (NF und BBW) abgeklärt. Der Bundesratsentscheid bezüglich Eingliederung in die 7. Serie der NFP fiel am 6.12.1993 negativ aus. Die Suchtforschung wird deshalb in Zukunft weiterhin ein Bestandteil der Ressortforschung bleiben.

Die Gesamtheit der Programme des Massnahmenpaketes des BAG zur Verminderung der Drogenprobleme ist Gegenstand einer globalen Evaluation durch das Institut für Sozial- und Präventivmedizin in Lausanne. Diese Evaluation – nach dem Vorbild der AIDS-Strategie seit 1987 – basiert auf folgenden Komponenten:

- epidemiologische Analysen
- Sekundäranalysen von Verhaltensstatistiken
- Bevölkerungs- und Szenenbefragungen
- Untersuchungen bei Multiplikatoren
- Evaluation spezifischer Projekte.

Ein erster Bericht «Erste Bilanz 1990 – 1992» wurde fertiggestellt und Ende 1993 publiziert.

Eine vollständige Evaluation der von 1991 – 1993 verfolgten Strategie wird jedoch erst anfangs 1995 verfügbar sein. Im Übrigen ist die Mehrzahl der Pilotprojekte, welche durch das BAG im Rahmen des Massnahmenpaketes initiiert oder unterstützt werden, Gegenstand spezifischer Evaluationen, welche mit der Gesamtevaluation koordiniert werden. Zu diesen Studien gehören auch die Be-

dürfnisanalysen (zum Beispiel im Bereich der Weiterbildung).

Information, Dokumentation

Das BAG ist wiederholt via Pressekonferenzen und Medienseminarien an die Öffentlichkeit gelangt, um über die im Rahmen des Massnahmenpaketes Drogen durchgeführten Aktionen zu informieren. In mehreren Artikeln der Fachpresse wurden die Aktionen des BAG vorgestellt. Die wichtigsten politischen Parteien (FDP, CVP, SPS) wurden anlässlich von Tagungen zum Thema Drogen 1991 und 1992 orientiert. Die Information der Partner auf kantonaler und städtischer Ebene (SDK, FDK, EDK, KKJPD, Kantonsärzte, städtische und kantonale Polizeikommandanten, Drogendelegierte der Städte und der Kantone, Städteverband) sowie der Fachkreise (VSD, GREAT) findet so regelmässig wie möglich statt. In Anbetracht der vielfältigen Tätigkeiten des BAG ist diese Kommunikation trotzdem ungenügend.

Zwecks Verbesserung dieser Kommunikation ist ein Informationsblatt in Vorbereitung, welches regelmässig erscheinen soll.

Eine Analyse der Darstellung von Drogenfragen in den Zeitungen zeigt, dass mit Vorliebe die dramatischen Aspekte hervorgehoben werden, während der Prävention oder der Hilfeleistung an Drogenabhängige sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Im Verlauf der letzten drei Jahre hat das BAG seine Dokumentation über das Drogenproblem in der Schweiz und im Ausland systematisch erweitert. Eine kontinuierliche Analyse zur Situation in Europa in den wichtigsten Tätigkeitsfeldern im Bezug auf Drogenabhängigkeit wird durchgeführt. ■

Der Gesamtbericht kann bezogen werden bei: BAG, Postfach, 3000 Bern.

**AUSGESETZT
AUSGELINGERT
AUSGELUTET
VERGESSEN
VERGESSEN**



**Terre des hommes
Kinderhilfe**

SPENDEN SIE HOFFNUNG

ANTWORT-COUPON

Ich möchte Terre des hommes Kinderhilfe beim Einsatz für diese Kinder unterstützen

- mit einer **Spende**
- mit einer **Patenschaft** von monatlich Fr. _____ während _____ Monaten.
Senden Sie mir bitte Einzahlungsscheine.
- Senden Sie mir **Unterlagen** über Ihre Tätigkeit.
- Ich interessiere mich für eine **freiwillige Mitarbeit**. ref. 3210

Name: _____
Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____

Terre des hommes Kinderhilfe
Arbeitsgruppe Zürich
Postfach 550 • 8026 Zürich
PCK 80 - 33 - 3
Gratisinserat für Terre des hommes Kinderhilfe